



Lasst Euch nicht verarschen, vor allem nicht von den „Mitbestimmern“!

GoG Info

die GoG ist eine parteiunabhängige Gruppe bei GM/Opel in Bochum
die adresse für ungehorsame: www.labournet.de

Nr. 63 - September 2010

**Von einstmals 21.000 auf
„2.777 Ende 2011“ ...**

Jetzt 1.800 Arbeitsplätze weg...

... mit Unterstützung der IG Metall-Funktionäre hat der Opel-Betriebsrat zugestimmt. Die Opel-Belegschaft in Bochum hat auf der Versammlung Anfang Juni nur mit etwa 200 Stimmen die Ablehnung gefordert.

Die große Zahl der Befürworter in der Belegschaft für Verzicht und Arbeitsplatzabbau ließ eigentlich vermuten, dass die Zahl freiwilliger Abgänge von 1800 schnell gefunden ist. Aber offensichtlich war den Befürwortern die Tragweite ihrer Entscheidung im Juni nicht ganz bewusst. Waschen ohne sich nass zu machen, bleibt halt nicht besonders erfolgreich. Jeder ist betroffen. Es geht um unser aller Arbeitsplätze.

Jetzt das große Jammern und Zittern: wer geht freiwillig? Gibt's doch noch Kündigungen? Das Abfindungsangebot ist bedeutend niedriger als nach dem Streik 2004. Und Opel macht Druck ohne Ende, beruft sich auf die Vereinbarung, droht mit gerichtlicher Einigungsstelle und Zwangskündigungen ... Dazu die Lohnkürzungen im Bereich Urlaubs- und Weihnachtsgeld, durch Kurzarbeit, und die angedrohte ERA-, „Überarbeitung“ im kommenden Jahr...

Andererseits:

Die Opel-Bosse wissen:

die Bochumer Belegschaft lässt sich nicht endlos erpressen und entwürdigen. Man erinnert sich an 2000 und 2004!

Wir wissen!

- dass der neue Zafira in Vorbereitung ist,
- dass im Presswerk Teile auch für den neuen Astra gepresst werden,
- dass Aktionen der Belegschaft gegen den Abbau der Arbeitsplätze auch in Bochum wie in der gesamten Öffentlichkeit auf Verständnis und Unterstützung stoßen,
- dass GM weltweit wieder richtig Knete verdient und die Situation sich im Vergleich zur erpresserischen Lage im letzten Jahr total geändert hat
- und dass sich die Opel- und GM-Bosse einen neuen Image-Schaden nicht erlauben können...

Rente mit 67/70? - Seite 3+4



007^{er} Diebesgrüße aus Berlin

Inhalt
<p><u>Seite 2:</u> Fortsetzung S. 1 und AZV-unrealistisch?</p> <p><u>Seite 3</u> und <u>Seite 4:</u> Rente mit 60 nicht erst mit 67/70</p>
was_wann_wo
<p>GoG jeden Dienstag, 17.00 Uhr Bahnhof LA, Raum 6 oder 4</p> <p>Bochumer Sozialforum www.sozialforum-bochum.de jeden letzten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Soziales Zentrum Bochum, Josefstraße 2</p> <p>Montagsdemo 18.00 Uhr Husemannplatz</p>
Kontakt
<p>visdp: W.Hajek, co: soz.-kult. Zentrum, Wallbaumweg 108 gog@conaktion.de</p>

Betriebsrat in der Klemme!

Er hat der Vereinbarung zum Arbeitsplatzabbau zugestimmt.

Jetzt muss er auch an der Umsetzung dieser Vereinbarung mitarbeiten.

Erstmals sind betriebsbedingte Kündigungen nicht ausgeschlossen, wenn sich nicht genügend „Freiwillige“ melden. Der bisherige „Andrang“ zum freiwilligen Ausscheiden ist jedoch unbedeutend gering.

Die Geschäftsleitung wird dem BR bestenfalls vorschlagen, den Arbeitsplatzabbau „fair“ zu verteilen, z.B. prozentual gleichmäßig auf Altersgruppen, Fertigungsbereiche, Abteilungen, o.ä., und daraus letztlich eine Namensliste generieren. Macht der Betriebsrat diesen Weg mit, hat der Einzelne keine Chance mehr gegen seine Kündigung vorzugehen. Das würde auch jeden gemeinsamen Widerstand unterlaufen und unmöglich machen. Es muss dem Betriebsrat klar sein, dass dies ein Spiel mit dem Feuer wäre und ungeahnte Formen des Protestes und der Verzweiflung hervorrufen kann.

Jetzt muss Schluss sein damit die Belegschaft beruhigen zu wollen mit der Aussicht auf kosmetische Verringerung der Abbaupläne! Statt 1800 nur 1680? Oder was?

Unrealistisch? :

„6-Stunden-Tag mit vollem Lohn- und Personalausgleich“

- Unrealistisch, weil die Unternehmer jammern und drohen: „Zu teuer! Dann werden wir noch mehr Fabriken verlagern, nach China oder Osteuropa oder...“
- Unrealistisch, weil die meisten Kolleginnen und Kollegen nur abwinken: „Wer soll das heutzutage durchsetzen, und wie?“ Recht haben sie, wenn man davon ausgeht, dass so eine Arbeitszeitverkürzung nicht durch eine Belegschaft allein erkämpft werden kann. Und wenn man die Tatsache berücksichtigt, dass die führenden Leute im DGB, in der IGM usw auch nicht die über 6 Millionen Gewerkschaftsmitglieder für eine so harte Forderung mobilisieren wollen. **Generalstreik ähnliche Aktionen wie in Frankreich?** „Das schadet unserer Wirtschaft!“ – so die Politiker, so die Gewerkschaftsführer, und so denken anscheinend auch die meisten Kolleginnen und Kollegen. Die Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes lähmt jede Debatte...

Realistisch: Arbeitszeitverkürzung gibt es andauernd!

- und zwar in Form von Kurzarbeit, zum großen Teil von uns selber bezahlt...

Oder zu jammern, das Abfindungsangebot sei zu niedrig, „nicht mit dem BR ausgehandelt“.

Wir alle wissen, dass das vergleichsweise wesentlich höhere Angebot der GL von 2004 allein der selbständigen Aktion der Bochumer Belegschaft zu danken war, nach 11 Schichten Streik, und zwar gegen den Willen der BR-Mehrheit und der IG Metall! Im Übrigen wurde dieser Kampf nicht für eine höhere Abfindung geführt, sondern diese war das Ergebnis des Kampfes um den Erhalt der Arbeitsplätze.

Dem Betriebsrat und uns aus der Klemme helfen.

Sicher wird es eine nächste Abstimmung durch die Belegschaft geben, für die nächsten Vereinbarungen, die kommen werden. Darauf zu hoffen und zu warten reicht nicht.

Wir sollten uns durch all den verbalen Protest und die Vertröstungen nicht beruhigen lassen.

Den weiteren Kurs in den Bereichen besprechen und mit Vertrauensleuten und Betriebsräten ihre Meinung und Abstimmungsverhalten diskutieren! Wenn nicht ausreichend Information vorhanden ist, muss man sich die holen. Auf Infositzungen, beim BR und der Geschäftsleitung. Alle haben Schiss davor, die Bochumer Belegschaft könnte wieder einmal nicht einfach den Kopf hinhalten wollen und aus der Reihe tanzen...

- und in Form von „Arbeitszeit null“ für Entlassene, Arbeitslose...
- realistisch auch, dass die Produktivitätssteigerung, also die Verkürzung der Arbeitszeit pro Produkt, den 6-Stunden-Tag für alle längst möglich macht, ohne auf irgendwas verzichten zu müssen.

„Theoretisch ja. Praktisch eben nicht.“

Jedenfalls solange nicht mehr Leute die Zähigkeit aufbringen, für diese Forderung einzutreten:

der **8-Stunden-Tag** war anfangs auch nur von wenigen „Spinnern“ gefordert worden.

„**6 bis 14 und 14 bis 22 Uhr mit bezahlter Pause**“ haben wir von der GoG seit 1972 unablässig in die Debatte gebracht. (damals 5.45 bis 14.15 und 14.15 bis 22.45)

Erreicht hat die Belegschaft diese Arbeitszeit 1988, und zwar nachdem der Kampf um die **35-Stunden-Woche** 1984 bundesweit geführt worden war, damals zuerst auch von Minderheiten angekurbelt...

60

Rente mit 60 – nicht erst ab 67/70!

Kaum ist die Rente mit 67 beschlossen, steht die Rente mit 70 vor der Tür. *„Wenn Europas Bürger immer älter werden und deswegen länger Altersbezüge erhalten, müssen sie ... länger arbeiten. Langfristig muss aus der Rente mit 67 wohl eine Rente mit 70 werden“* (FTD 27.05.2010). Focus findet Rente mit 70 „voll sozial“ (Focus-Online 24.07.2009). In Umfragen jedoch wünschen sich 82 Prozent einen Renteneintritt mit

60 Jahren (Welt-Online 16.06.2008). Sehr bescheiden, denn das durchschnittliche Renteneintrittsalter der Konzernvorstände lag 2009 bei 53 Jahren. Rente mit 60 ist für sie das Äußerste, was sie für zumutbar halten. Kapitaleigentümer können ab einer gewissen Höhe des Kapitals schon nach der Schulzeit die Rentenlaufbahn einschlagen. 10 Mio. Euro z.B. bringen bei 5 % Rendite monatlich 40.000 Euro (Kapital)Rente.

Statt Rückkehr ins 19. Jahrhundert weiter zur Rente mit 60

1891, bei Einführung der Arbeiterrentenversicherung, betrug die Altersgrenze 70 Jahre, ab 1916 dann 65. 100 Jahre später soll trotz erheblich höherer Produktivität das Rentenalter auf 67/70 Jahre erhöht werden? - Eine Bankrotterklärung! Noch Ende der 1960er Jahre starben die meisten ArbeiterInnen vor Erreichen der Regelaltersgrenze. Die steigende Lebenserwartung verschaffte ihnen den Genuss einer bescheidenen Altersrente, ebenso wie verschiedene Senkungen von Altersgrenzen. 1997 ging die Mehrheit der RentnerInnen mit 60 in Altersrente. Seither dreht sich der Wind in Richtung 19. Jahrhundert. LohnarbeiterInnen mit Armutslöhnen und

gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen wird die Altersrente langsam wieder entzogen. Dabei endet ihr Leben an die zehn Jahre früher als das der besser Bezahlten. Männer mit mtl. unter 1.500 Euro brutto leben im Durchschnitt 71,1 Jahre, Frauen 78,4; Männer mit einem Einkommen über 4.500 Euro dagegen 80,0 und Frauen 87,2 Jahre (<http://arbeiter.verdi.de/data/K.-Lauterbach.pdf>). Damit die Masse der Lohnabhängigen Altersrente ohne Abschläge beziehen kann, muss die Altersgrenze auf 60 Jahre herabgesetzt werden. Das tatsächliche Renteneintrittsalter aller Versicherten (Alters- und Erwerbsminderungsrente) lag 2008 bei 60,7 Jahren.

Rente mit 60 ist möglich!

Das Volkseinkommen (die Summe aller Löhne, Gewinne, Mieten usw.) stieg von 1950 bis 2009 um das 22,5-fache, von 2.007 Euro auf 46.194 Euro pro Erwerbstätigem. Die Zahl der Erwerbstätigen wiederum stieg von 19,6 auf 40,3 Mio..

Vom Umfang des gesellschaftlichen Reichtums her wäre es ein Leichtes, allen RentnerInnen ein auskömmliches Leben zu ermöglichen. Frankreich hat bisher schon gezeigt, dass Rente mit 60 keine Illusion ist.

Warum dennoch Rente mit 67/70?

Höhere Ausgaben für RentnerInnen müssen aus dem Mehrprodukt der Wirtschaft finanziert werden, zunächst über höhere Rentenversicherungsbeiträge. Von 1950 bis 1986 stiegen diese von 10 % auf 19,2 %. 2010 betragen sie 19,9 %, bis 2020 sind sie mit 20 % gesetzlich festgeschrieben. Die Hälfte des Beitrags entfällt auf den Arbeitgeberbeitrag. Das Kapital hat durchgesetzt, den Arbeitgeberbeitrag einzufrieren, obwohl die Lebenserwartung seit 1986 um 4 bis 5 Jahre gestiegen ist. Denn jedes Prozent mehr an Arbeitgeberbeitrag würde die Profite um 9 Mrd. Euro senken. Die Alten gelten umso mehr als „Altlast“, als die Profitraten, der Lebenszweck des Kapitals, heute niedriger sind als vor der Krise 1974/75. Das Kapital will für die steigende Lebenserwartung seiner

ehemaligen Arbeitskräfte nicht aufkommen. Die steigenden Ausgaben für Renten werden auf den Staat (rund 80 Mrd. Euro) und die Lohnabhängigen abgewälzt. „Parität“ ist schon lange nicht mehr gegeben. Das Kapital entzieht gleichzeitig der Sozialversicherung Milliarden an Einnahmen, weil seine Nachfrage nach Arbeitskraft mit wachsender Produktivität sinkt. Die sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen schmolzen von 28,5 Mio. auf 22,2 Mio., Minijobs explodierten. Das Kapital selbst produziert also die Defizite der Rentenversicherung, nicht die gierigen Rentner. Um das zu vertuschen, wird die Rente mit 67/70 als unabwendbare Folge der älter werdenden Bevölkerung verkauft.

bitte wenden

KLARtext zur Rente

KLARtext

Rente mit 67/70, weil Fachkräfte benötigt werden?

2008 war ein Drittel der Personen zwischen 60 und 64 erwerbstätig, mit 64 waren nur 7,1 % sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Selbst der Präsident des Industrieverbandes Keitel gab zu: „Es geht nicht darum, dass jemand bis 67 oder gar 70 arbeitet, ... Es geht darum, wann 100 Prozent des Rentenanspruchs er-

reicht werden.“ (Tagesspiegel 05.10.2009) Jedes Jahr vorzeitiger Rente ergibt Abschläge von 3,6 %. Die Hälfte aller RentnerInnen bekommt schon keine volle Rente mehr. 820.000 RentnerInnen über 65 sehen sich bereits gezwungen, ihre Armutsrenten durch billige Lohnarbeit aufzubessern. Japan lässt grüßen.

Rente mit 67/70, weil gerecht gegenüber den „Jungen“?

Lohnarbeit lohnt nicht wirklich. 2008 betrug die Durchschnittsrente für Männer in Westdeutschland 970 Euro, für Frauen 473 Euro. Sie sind nach all den massiven Kürzungen preisbereinigt niedriger als 1975! 35 Jahre Steigerung des Sozialprodukts - als Dank weniger Rente. 2030 wird ein westdeutscher Durchschnittsrentner von seiner heutigen Rente nur noch 700 Euro behalten (Metall 6/2009, 4). So sieht die „Generationengerechtigkeit“ aus.

Weder jüngere noch ältere Menschen streben an, erst mit 67 oder 70 in Rente zu gehen, noch dazu bei steigender Arbeitsbelastung. Die Lebensarbeitszeit verlängert sich für „Alte“ durch die Erhöhung des Renteneintrittsalters, für „Junge“ durch die Verkürzung der Schul- und Ausbildungszeiten. Länger arbeiten für fremden Profit kann nicht im Interesse von Lohnabhängigen liegen.

Rente mit 67/70, damit die Jungen höhere Nettolöhne haben?

Den Jungen sei nicht zuzumuten, mit höheren Beiträgen immer mehr Alte zu ernähren (Kapitalrentner natürlich ausgenommen). Sie sollen ihr Geld lieber bei Allianz und Co. anlegen. „Dies (das Einfrieren der Beiträge) setzt die Jüngeren in den Stand, einen beachtlichen Teil ihres Bruttoeinkommens, insbesondere die so gesparten Sozialabgaben, für die Eigenvorsorge zu verwenden“ (Norbert Walter, damaliger Chefvolkswirt Deutsche Bank nach FR 30.12.1996). Wer 36 Jahre lang 75 % des Durchschnittseinkommens verdient (2009: 1930 Euro brutto),

bekommt eine Rente in Höhe der durchschnittlichen Sozialhilfe, nämlich 657 Euro (359 Euro Eckregelsatz und 298 (!) Euro Warmmiete). Die vorprogrammierte Altersarmut soll ausgeglichen werden, indem Geringverdiener „motivieren“, einen größeren Teil ihres Lohns für betriebliche Renten bzw. private Altersvorsorge aufzuwenden. Die Gesamtabzüge der Lohnabhängigen für Altersvorsorge können dann auf bis zu 18 % steigen, während das Kapital bei 10 % bleibt. Renten mit 67 und Armutsrenten sind also für Versicherungskonzerne doppelte Profitquellen.

Rente mit 67/70, weil zu wenig „Beitragszahler“ geboren werden?

Abstrus. Denn das Kapital verweigert gerade diesen Geborenen mehr und mehr den Zutritt zum Erwerbsleben oder erlaubt ihn nur unter prekären Bedingungen. 30 % der unter 35-Jährigen arbeitet befristet, in Leiharbeit oder in AB-Maßnahmen. Im Februar 2010 lag die offizielle

Arbeitslosigkeit Jugendlicher unter 25 in der Eurozone bei 20 %. Im Übrigen zieht sich das Kapital nicht nur aus der Finanzierung der Alten zurück, sondern auch aus der der Kinder. Mit Löhnen unter zehn Euro kann man nicht mal ein einziges Kind unterhalten.

- **Altersrente mit 60 ohne Abschläge!**
- **Rente für langjährige Versicherte nach 35 Jahren!**
- **Mindestrente in Höhe von 1.000 Euro brutto (900 Euro netto)!**
- **Beitragsbemessungsgrenzen aufheben! (5.400 Euro West - 4.550 Euro Ost)**
- **Pflichtversicherung für jeden Erwerbstätigen!**
- **Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung nicht einfrieren!**
- **Keine staatliche Förderung privater Rentenverträge!**

Ausführlicher: Broschüre „Rente mit 60 - nicht erst ab 67/70 Jahren!“
Frankfurt August 2010, 35 Seiten, 1 Euro plus Versandkosten. Bestellung s. u.



Nachdruck und weitere Verbreitung erwünscht!

V.i.S.d.P. u. kostenlose Bestellung: Rainer Roth • Berger Str. 195 • 60385 Frankfurt • info(at)kartext-info.de